

# PRESSEINFORMATION

**Dr. Christoph Gensch MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**3. Plenarsitzung, Mittwoch, 17. Juni 2026**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2**

**„Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz“**  
**Aussprache über die Regierungserklärung**  
**des Ministerpräsidenten Gordon Schnieder**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

17.06.2026

## **I. Einleitung**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns als Parlament liegen fünf gemeinsame Jahre. In einer hochpolitischen Zeit. Fünf Jahre, in denen es darum geht, mutig und tatkräftig die Zukunft des Landes zu gestalten.

Viele Antworten, die womöglich noch in der vergangenen Legislaturperiode getragen haben, reichen heute nicht mehr aus. Unsere Gesellschaft ist in einem Übergang, mit Chancen und Risiken.

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Schnieder deshalb deutlich gemacht, wie wichtig in dieser Phase Zusammenhalt ist. Und dass Verantwortung, gemeinsame Verantwortung, sichtbar wird. Genau darauf kommt es an. Denn aus Vertrauen erwächst Zutrauen. Wichtig in einer Gesellschaft, die rasante Entwicklungen durchläuft und in der sich Probleme beileibe nicht im Handumdrehen lösen lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir führen diese Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten in einer Zeit, die viele Menschen als verunsichernd und beunruhigend empfinden. Sie spüren: Wir sind in einer Phase des tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs, auch in Rheinland-Pfalz.

Dazu kommen große globale Krisen und rasante technologische Veränderungen, die sich unmittelbar auf unser tägliches Leben auswirken. Damit verbunden sind ganz alltägliche Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz, um das Ersparte oder um die Zukunft der Kinder.

Viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich im Alltag die einfache Frage: Wer gibt uns in dieser unruhigen Welt eigentlich noch Halt? Auf was und wen ist noch Verlass?

Genau das ist der Maßstab, an dem sich dieses Regierungsprogramm und wir hier im Landtag uns messen lassen müssen. Politik muss gerade in einer solchen Zeit des Wandels den Menschen zuhören und ihnen zeigen, dass der Staat verlässlich an ihrer Seite steht und die relevanten Probleme löst. Das ist unser Auftrag.

Meine Damen und Herren,

CDU und SPD haben in den 80 Jahren seit der Gründung unseres Bundeslandes immer mit unterschiedlichen Partnern regiert, in den Anfangsjahren auch schon miteinander aber nie in einer reinen Großen Koalition. In dieser neuen Konstellation liegt eine große Chance.

Die große Chance, basierend auf einer breiten parlamentarischen Mehrheit, richtungweisende Weichenstellungen für die Zukunft von Rheinland-Pfalz vorzunehmen.

Und dabei ist ein gutes Vorzeichen, wie geräuschlos, sachbezogen und schnell CDU und SPD in den Sondierungen und den anschließenden Koalitionsverhandlungen zu guten und konstruktiven Ergebnissen gekommen sind. Das ist nicht selbstverständlich und bildet eine sehr gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in den kommenden 5 Jahren.

Ich danke allen, die an diesen Verhandlungen mitgewirkt haben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

sie haben Ihre gestrige Rede dazu genutzt, Ihre Vorstellungen und konkreten Pläne für das Land darzulegen und haben damit ein deutliches Signal des Aufbruchs gesetzt.

Sie haben ein umfassendes Arbeitsprogramm der neuen Regierung vorgestellt. Ein Arbeitsprogramm, ausgerichtet auf die Lebensrealität der Menschen in Rheinland-Pfalz. Ein Arbeitsprogramm, das dieses Land voranbringen wird. Und genau das erwarten die Menschen von uns. Das wollen und werden CDU und SPD gemeinsam leisten.

### **CDU als selbstbewusste Mehrheitsfraktion und Korrektiv**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als stärkste regierungstragende Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag gehen wir mit einem klaren Gestaltungswillen und mit einem starken Wählerauftrag in die neue Wahlperiode. 39 gewonnene Direktmandate, fast 700 000 direkt erhaltene Stimmen, die direkt gewählte Repräsentanz von 3,1 Mio. rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern sprechen hier eine klare Sprache.

Wir sind das Fundament, auf dem diese Koalition ruht, und der Motor, der dieses Land vorantreibt. Die CDU-Fraktion ist aber auch der Ort der kritischen Debatte, sie ist das Korrektiv und der Garant dafür, dass der Kurs dieser Koalition stets eng an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet bleibt.

Wir unterstützen die im Koalitionsvertrag beschriebene Regierungspolitik aus tiefster Überzeugung, weil sie unsere Handschrift trägt und weil es der richtige Weg ist

Meine Damen und Herren,

andere hier im Parlament haben diese Debatte und die damit verbundene Chance leider nicht genutzt. Die Aufgabe einer Opposition erschöpft sich nicht in Kritik. Statt konstruktiver Sachpolitik hat die AfD einmal mehr gezeigt: Sie lebt vom Problem, nicht von der Antwort.

Wer so agiert, beweist nur eines: Offensichtlich gehen Ihnen angesichts des überzeugenden Arbeitsprogramms dieser Koalition die Argumente aus. Ich sage Ihnen: Verantwortungsbewusstsein beweist nicht derjenige, der negative Stimmungen befeuert. Verantwortungsbewusstsein beweist, wer die Ärmel hochkrempelt und dieses Land stabil in die Zukunft führt.

### **Halt und Orientierung in einer Zeit des Umbruchs**

Und genau das tut diese Regierung unter dem Dach unserer Koalition der **„Gemeinsamen Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz“**. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern das wichtigste Versprechen, das ein Staat geben kann: Verlässlichkeit im Alltag. Was heißt denn Verlässlichkeit im Alltag:

- Wenn wir mehr **Polizei** auf die Straße bringen, dann tun wir das, damit sich die Menschen an jedem Bahnhof und auf jedem Marktplatz in unserem Land sicher fühlen können.
- Wenn wir **verbindliche Sprachtests in den Kitas** einführen, dann sorgen wir dafür, dass kein Kind beim Schulstart abgehängt wird.
- Wenn wir die **Zahl der Medizinstudienplätze erhöhen**, dann dient das der Versorgungssicherheit, insbesondere in den ländlich geprägten Regionen unseres Landes.
- Wenn wir die **Straßenausbaubeiträge abschaffen**, bauen wir Bürokratie ab, beschleunigen die Verfahren und senken die Kosten für Familien und Eigenheimbesitzer.

- Und wenn wir die **kommunalen Fragen in einem eigenen Ministerium bündeln** und den Kommunen finanziellen Spielraum zurückgeben, stärken wir ihre Handlungsfähigkeit.

Lassen Sie mich auf wesentliche Kernbereiche der politischen Agenda der kommenden Jahre, die genau diesen Kompass der Verlässlichkeit tragen, eingehen.

## **II. Bildungspolitik: Rückendeckung für Familien und faire Chancen für jedes Kind**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bildungspolitik entscheidet über die Lebenswege unserer Kinder, über den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft und über unsere Zukunft. Viele Eltern in unserem Land spüren jedoch eine wachsende Sorge: Sie fragen sich, ob ihre Kinder in den Schulen noch das Rüstzeug erhalten, das sie für eine sichere Zukunft brauchen.

Laut der aktuellen IQB-Bildungsstudie beherrscht fast jedes vierte Kind in der 9. Klasse nicht ausreichend die grundlegenden Regeln der deutschen Rechtschreibung für den Mittlere Reife-Abschluss. In Mathematik sind es mittlerweile 37 Prozent der Jugendlichen und beim Lesen sieht es kaum besser aus.

Das werden wir nicht hinnehmen. Jedes Kind in diesem Land verdient die gleichen fairen Startchancen – ganz egal, aus welchem Elternhaus es kommt.

### **Faire Chancen durch verpflichtende Vorschuldiagnostik:**

Die Realität in den Klassenzimmern zeigt, dass immer mehr Kinder am Tag ihrer Einschulung erhebliche Defizite in der deutschen Sprache haben. Das ist eine enorme Belastung – für das Kind selbst, das vom ersten Tag an den Anschluss verliert, aber auch für die gesamte Klasse und die Lehrkräfte.

Wir sehen deshalb verpflichtende, flächendeckende Sprachtests für alle Kinder im Alter von vier- einhalb Jahren vor. Wird ein konkreter Förderbedarf festgestellt, greift eine gezielte Sprachförderung im Rahmen eines verbindlichen letzten Kita-Jahres. Wir lassen Kinder und Familien nicht allein. Wir helfen genau dann, wenn es am wichtigsten ist: vor dem ersten Schultag.

### **Fokus auf die Grundlagen und Verlässlichkeit:**

Wir rücken Lesen, Schreiben und Rechnen ganz konsequent in den Mittelpunkt der Grundschule. Zum Erlernen und Üben dieser Basiskompetenzen erhalten die Schulen mehr Freiraum. Zugleich schaffen wir in jedem Jahr bedarfsgerecht neue Stellen für zusätzliche Lehrkräfte schaffen.

Darüber hinaus heben wir die Eingangsbesoldung für Grundschullehrkräfte schrittweise auf A 13 an, weil wir um die große Bedeutung ihrer Arbeit wissen.

### **Wertschätzung für die duale Berufsausbildung:**

Wir stärken die duale Berufsausbildung. Das ist auch ein Zeichen unserer großen Wertschätzung für Handwerk und Mittelstand. Klar ist: Wir brauchen beides: Den akademischen Titel und den Meisterbrief. Sie sind gleichwertig. Der Erwerb des Meisterbriefs wird künftig kostenfrei sein. Dafür hat die CDU lange gekämpft.

Außerdem intensivieren die Berufsorientierung an allen Schulen und modernisieren unsere Berufsschulen in der Fläche, damit junge Menschen sehen: Eine handwerklich fundierte Ausbildung in unserer Heimat hat eine sichere Zukunft.

### **III. Wirtschaft und Finanzen: Entlastung der Bürger und Schutz des Mittelstands**

Meine Damen und Herren,

unsere Wirtschaft – das sind nicht bloß abstrakte Kennzahlen. Das sind die Betriebe, die Handwerker und die Angestellten, die jeden Tag aufstehen und den Wohlstand unseres Landes erarbeiten. Gerade der Mittelstand leidet derzeit unter enormem Druck: hohe Kosten, Fachkräftemangel und ein Dschungel aus Vorschriften nehmen vielen Unternehmern den Mut. Wenn wir in Zeiten des Umbruchs Arbeitsplätze sichern wollen, müssen wir den Betrieben wieder Vertrauen schenken und bürokratische Lasten von den Schultern nehmen.

#### **Wirtschaft Zuerst:**

Unsere Unternehmen sind das Rückgrat unseres Wohlstands. Wir wollen, dass sie wachsen, investieren und Arbeitsplätze sichern können. Deshalb gilt für unsere Regierungskoalition die klare Prämisse: Wirtschaft zuerst!

- Deshalb beschleunigen wir **Genehmigungsverfahren** drastisch. Zeit ist Geld, und unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit.

- Deshalb weisen wir **Turbo-Gewerbeflächen** aus. Investitionen in Rheinland-Pfalz und neue Arbeitsplätze sollen nicht an fehlenden Flächen scheitern.
- Deshalb **begleiten wir unsere Betriebe** bestmöglich – von der ersten Ansiedlung bis zur Erweiterung, unkompliziert und partnerschaftlich.

Wirtschaft zuerst bedeutet aber insbesondere auch, dass wir überzogene Klimaschutzregelungen, die unsere Unternehmen überproportional belasten, nicht zulassen. Wir brauchen eine neue Balance. Klimaschutz geht nur mit der Wirtschaft. Er muss so gestaltet werden, dass Investitionen im Land gehalten und nicht ins Ausland verlagert werden.

Zudem dürfen Wirtschaft und Wissenschaft und Forschung nicht nebeneinanderstehen, sondern müssen enger verknüpft werden. Wir setzen deshalb auf den Ausbau von Technologietransfer, auf Innovationsnetzwerke und wissenschaftliche Ausgründungen. So entsteht nachhaltiges Wachstum. Eine starke Forschung ist nicht nur ein Gewinn für die Wissenschaft, sondern auch ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

#### **IV. Starke Kommunen: Heimat sichern und finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgeben**

Meine Damen und Herren,

wenn wir über das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat sprechen, dann entsteht dieses Vertrauen direkt vor der eigenen Haustür. Die Menschen erleben den Staat nicht in abstrakten Debatten hier in Mainz, sondern in ihrer Gemeinde, in ihrer Stadt und in ihrem Landkreis.

Heimat – das ist die funktionierende Kita im Dorf, das ist das Freibad, in dem die Kinder schwimmen lernen, das ist die gut ausgestattete freiwillige Feuerwehr und die Straße ohne Schlaglöcher. Unsere Städte und Dörfer sind das Fundament unseres Landes. Deshalb haben wir ein eigenes Ministerium für die Kommunen geschaffen.

Wir wissen alle, was die Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landrätinnen und Landräte seit Jahren parteiübergreifend umtreibt: Die finanzielle Lage unserer Kommunen ist schlecht. Immer mehr Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren nach unten verlagert, während die Kassen vor Ort leerer wurden. Viele Gemeinden wissen kaum noch, wie sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen, geschweige denn das Vereinsleben, den Sport oder die Kultur vor Ort unterstützen sollen. Um die Heimat zu stärken, müssen wir den Kommunen wieder Luft zum Atmen und echte Handlungsfähigkeit zurückgeben.

### **Echte finanzielle Entlastung ab 2027:**

Verantwortung für die Regionen bedeutet: Wir lassen Städte und Gemeinden nicht im Regen stehen. Wir verankern in unserem gemeinsamen Regierungsprogramm eine spürbare Entlastung für die klammen kommunalen Haushalte. Genau wie bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gilt aber auch hier: Es geht nicht alles auf einmal, haushaltspolitische Vernunft ist geboten. Wir leiten eine tiefgreifende finanzielle Entlastung unserer Kommunen gezielt ab dem Jahr 2027 ein. Damit sorgen wir dafür, dass wieder Geld für die Dinge da ist, die das Leben vor Ort lebenswert machen.

Wir geben den Kommunen durch Bürokratieabbau mehr Handlungsspielraum:

- Wir werden die Zahl der **kommunalen Förderprogramme** so reduzieren, dass die Kommunen durch mehr allgemeine Zuweisungen mehr Freiheit erhalten.
- Wir führen eine **Experimentierklausel** ein. Kommunen erhalten damit die Freiheit, im Einzelfall pragmatisch von starren gesetzlichen Regelungen abzuweichen, um schnelle Lösungen vor Ort zu ermöglichen.
- Eine **Kommission** wird innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge erarbeiten, um Doppelzuständigkeiten zwischen Land und Kommunen abzubauen.

Besonders wichtig ist für die CDU die schrittweise Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Wir gehen diesen Weg Schritt für Schritt und leiten die Umsetzung gezielt mit dem nächsten Doppelhaushalt ein.

Unverzichtbar ist eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz. Sie muss nachhaltig gestärkt werden. Daher wird künftig ein höherer Teil der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer unmittelbar in die Förderpauschalen für die Kommunen fließen.

Meine Damen und Herren,

zur Stärkung der Kommunen gehört auch die Stärkung des Ehrenamts. Sie sind die Heimat des Ehrenamts. Welche Wertschätzung wir den ehrenamtlich Tätigen entgegenbringen zeigt sich darin, dass die Zuständigkeit für das Ehrenamt künftig direkt in der Staatskanzlei angesiedelt ist. Das gilt darüber hinaus auch für den Sport, der größten Bürgerbewegung in unserem Land. Das Ehrenamt und der Sport bekommen damit die Bedeutung, die sie verdienen.

Meine Damen und Herren,

uns als CDU leitet der Grundgedanke: Kein Dorf und keine Stadt dürfen abgehängt werden. Nur mit finanziell handlungsfähigen und starken Kommunen können wir den Menschen die Stabilität und die Sicherheit bieten, die sie gerade in diesen unruhigen Zeiten brauchen.

#### **V. Gesundheit und Pflege: Niemanden im Stich lassen**

Meine Damen und Herren,

wenn Menschen krank werden oder Pflege brauchen, sind sie besonders verletzlich. Genau in diesen Momenten muss das Versprechen unseres Landes gelten: Ihr werdet nicht allein gelassen. Die Sorge, ob im Notfall der Rettungswagen rechtzeitig kommt oder ob es im Alter noch einen Hausarzt in der Nähe gibt, treibt vor allem die Menschen im ländlichen Raum um. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag einen klaren Grundsatz verankert: Gute medizinische Versorgung und gute Pflege dürfen nicht von der Postleitzahl abhängen.

Wir bauen die Zahl der Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz deutlich aus (um 200 zusätzliche Plätze) und schaffen damit die Voraussetzungen, um mehr Ärztinnen und Ärzte für unser Land zu gewinnen. Gleichzeitig wollen wir qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schneller integrieren und Anerkennungsverfahren beschleunigen, ohne dabei Abstriche bei der Qualität zu machen.

Meine Damen und Herren,

ein zentraler Baustein medizinischer Versorgung sind starke Krankenhäuser. Die Krankenhausreform des Bundes werden wir konsequent umsetzen – mit Augenmaß und mit dem Blick auf das ganze Land. Unser Ziel ist klar: die wohnortnahe Grundversorgung sichern und spezialisierte Exzellenzzentren ausbauen. Dabei setzen wir auf regionale Lösungen. So stellen wir sicher, dass die Menschen auch künftig schnell Hilfe erhalten und Krankenhäuser gut erreichbar bleiben.

Wir setzen zudem auf neue Versorgungsformen. Mit sektorenübergreifenden Regiokliniken wollen wir stationäre und ambulante Angebote stärker verzahnen und Anlaufstellen schaffen.

Dabei bleibt die Notfallversorgung ein Schwerpunkt. Die Luftrettung ist insbesondere für ländliche Regionen unverzichtbar. Deshalb sichern wir die Versorgung mit Rettungshubschraubern und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

## **Pflege stärken**

Für uns Christdemokraten ist die Gewährleistung verlässlicher Pflege eine zentrale gesellschafts-politische Aufgabe. Wir schaffen zusätzliche Ausbildungsplätze, stärken die Fachkräftegewinnung und bauen die Zahl der GemeindegewinnPlus deutlich aus. Damit unterstützen wir ältere Menschen dabei, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld zu leben.

Gleichzeitig entlasten wir Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Ein digitaler Pflegeplatzfinder wird künftig helfen, freie Pflegeplätze schneller und einfacher zu finden. Das erleichtert vielen Familien die Suche in einer ohnehin belastenden Situation.

Als Ausdruck der Verantwortung gegenüber Schwerstkranken bauen wir die Hospiz- und Palliativversorgung weiter aus, damit Menschen auch in schweren Lebensphasen die Begleitung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen.

Unser Anspruch ist klar: Gesundheit und Pflege müssen verlässlich, wohnortnah und menschlich bleiben. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen – mit mehr Fachkräften, starken Krankenhäusern, modernen Strukturen und einer Politik, die die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

## **VI. Landwirtschaft und Weinbau**

Meine Damen und Herren,

Landwirtschaft und Weinbau sind für Rheinland-Pfalz weit mehr als Wirtschaftszweige. Sie sichern unsere Versorgung, prägen unsere Kulturlandschaften und schaffen Wertschöpfung in unseren Regionen.

Deshalb führen wir Landwirtschaft und Umwelt wieder in einem Ministerium zusammen. Wir wollen eine Politik, die den Betrieben vertraut und nicht ständig neue Hürden aufbaut. Unser Ansatz lautet: Kooperation statt Konfrontation, Innovation statt Verbote.

Beim Klimawandel setzen wir auf praktische Lösungen. Wir fördern klimaangepasste Sorten, moderne Anbauverfahren, Präzisionslandwirtschaft und den Einsatz neuer Technologien. Auch die landwirtschaftliche Bewässerung erkennen wir als wichtigen Baustein der Klimaanpassung an.

Wir stärken gezielt die nächste Generation. Junglandwirte und Jungwinzer werden bei Hofübernahmen, Investitionen und der Betriebsgründung unterstützt. Gleichzeitig bauen wir Bürokratie ab, modernisieren die Agrarverwaltung und erhalten die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum als starke Partner für Beratung, Forschung und Ausbildung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen an der Seite unserer Winzerinnen und Winzer. Mit einer Förderung der Rotationsbrache und der Verdopplung der Steil- und Steilstlagenförderung sichern wir den Weinbau dort, wo er unsere Landschaft besonders prägt und für den Tourismus von großer Bedeutung ist.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Landwirtschaft und Weinbau stärken – mit Respekt vor der Leistung der Menschen, die täglich für hochwertige Lebensmittel, den Erhalt unserer Kulturlandschaft und starke ländliche Räume sorgen. Wer unser Land ernährt und unsere Heimat prägt, verdient Unterstützung und Verlässlichkeit.

## **VII. Innere Sicherheit und Migrationssteuerung: Schutz und geordnete Strukturen**

Meine Damen und Herren,

Sicherheit im öffentlichen Raum ist kein Luxus, sondern ein menschliches Grundbedürfnis. Sie zu gewährleisten, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf Straßen und Plätzen zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher und frei bewegen können.

### **Mehr Präsenz durch 500 zusätzliche Stellen:**

Wir stärken diesen Schutz ganz konkret. Durch das von uns vereinbarte Sicherheitspaket schaffen wir im Polizeidienst jährlich 500 zusätzliche Stellen. Denn wir wollen mehr sichtbare Präsenz auf den Straßen und Plätzen, um den Menschen das Gefühl der Sicherheit im Alltag zurückzugeben.

Gleichzeitig investieren wir in moderne Technik und Schutzausrüstung. Denn wer uns Tag für Tag schützt, verdient unsere volle Rückendeckung. Dazu gehört auch der gegebenenfalls KI-gestützte Einsatz von intelligenter Video-Sicherheitstechnik zur Absicherung von Angsträumen oder von Orten mit auffälliger Kriminalitätsentwicklung.

Weil wir um die Belastungen im Alltag wissen, heben wir zudem die Polizeizulage auf das Niveau des Bundes an. Das gilt Übrigens auch für die sog. „Gitterzulage“ und die Feuerwehrezulage.

Meine Damen und Herren,

wer uns Tag für Tag schützt, verdient unseren Respekt und unsere Unterstützung. Das gilt für die Polizei aber natürlich gerade auch für die Feuerwehr und die vielen unverzichtbaren Hilfsorganisationen von THW, ASB und Malteser bis zu Johanniter und DRK.

### **Bündelung der Kräfte im Innenministerium und in einer Zentralen Ausländerbehörde:**

Verständnis für die Sorgen der Bevölkerung bedeutet auch, dass wir beim Thema Migration für geordnete, transparente und effiziente Verfahren sorgen. Deswegen wird die Zuständigkeit für diese Fragen, so wie es in den anderen Bundesländern seit langem Praxis ist, beim Innenministerium angesiedelt. Das erleichtert nicht zuletzt die Koordinierung mit dem Bund und den Ländern über die Innenministerkonferenz.

Unsere Verwaltungen vor Ort, die Sachbearbeiter in den Landkreisen und Städten, arbeiten seit Jahren am Limit. Um die Kommunen hier spürbar zu entlasten und die Abläufe zu straffen, bündeln wir die Zuständigkeiten:

Wir führen die Migrationsverwaltung in einer Zentralen Ausländerbehörde des Landes zusammen. Durch diese Zentralisierung professionalisieren wir die Verfahren, verkürzen die Bearbeitungszeiten im Land. Zugleich verbleiben zur Entlastung der Kommunen künftig Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive länger in den landeseigenen Aufnahmeeinrichtungen.

### **Zentralisierte und konsequente Abschiebung von Gefährdern:**

Wir etablieren im Rahmen unseres Regierungsprogramms eine zentralisierte Abschiebung, die direkt vom Land gesteuert wird. Wir setzen hierbei eine ganz klare, unmissverständliche Priorität: Die konsequente und kompromisslose Abschiebung von Gefährdern und Schwerverbrechern. Wer kein Bleiberecht in Deutschland hat, muss unser Land wieder verlassen. Das gilt ohne Wenn und Aber, insbesondere zum Schutz unserer eigenen Bevölkerung.

Wer unsere Rechtsordnung missachtet, wer schwere Straftaten begeht oder die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger bedroht, verwirkt sein Gastrecht. Hier darf es kein Zögern und keine behördlichen Verzögerungen mehr geben. Diese Personen werden künftig direkt aus den Landeseinrichtungen und Justizvollzugsanstalten heraus zurückgeführt. Das schafft die notwendige Ordnung, schützt den gesellschaftlichen Frieden und sichert zugleich die Akzeptanz für diejenigen, die unseren Schutz tatsächlich dringend benötigen.

## **VIII. Schluss: Für einen respektvollen Umgang, gegen Hass und Gewalt**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir über die Herausforderungen dieser Jahre sprechen, dürfen wir den Blick auf wirtschaftliche Daten oder Gesetzesparagrafen nicht zum alleinigen Maßstab machen. Wir müssen über den Zustand unserer Gesellschaft sprechen – über das Klima, in dem wir alle täglich miteinander leben, arbeiten und diskutieren.

Viele Bürgerinnen und Bürger spüren hier eine besorgniserregende Veränderung: Der Ton ist rauer geworden, die Geduld im Umgang miteinander schwindet und an die Stelle des sachlichen Arguments tritt immer häufiger die persönliche Herabwürdigung.

Dass in einer Demokratie gestritten wird, ist völlig normal. Es ist nicht nur normal, es ist notwendig. Denn der sachliche Streit um den besten Weg ist der Motor für Fortschritt und für eine gute Entwicklung unseres Landes.

Aber dieser Streit braucht Leitplanken – Leitplanken des Anstands, des Respekts und der Menschlichkeit. Wenn der politische oder gesellschaftliche Diskurs abgleitet in Hass und Hetze, wenn im Netz oder auf der Straße rote Linien überschritten werden, dann ist das kein Kavaliersdelikt mehr. Es ist ein Angriff auf das Fundament unseres Zusammenlebens.

Besonders unerträglich ist es, wenn aus Worten Taten werden. Wir erleben eine besorgniserregende Zunahme von Aggression und Gewalt.

Das trifft die Einsatzkräfte unserer Polizei, der Feuerwehren und Rettungsdienste, die täglich unterwegs sind, um Menschen in Not zu helfen und dabei zum Teil auch ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen.

Aggression trifft auch die vielen ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen, Gemeinderäte und politisch Aktiven vor Ort in unseren Dörfern und Städten, die angefeindet, bedroht oder beleidigt werden, nur weil sie sich für ihre Heimat engagieren. Ich sage in aller Deutlichkeit: Wer Menschen angreift, die unserer Gesellschaft dienen, der greift uns alle an.

Gegen diese Form der Verrohung müssen wir als Rechtsstaat, aber auch wir als Bürgerinnen und Bürger, eine ganz klare und unmissverständliche Kante zeigen. In unserem Regierungsprogramm setzen wir deshalb nicht nur auf die Stärkung der Sicherheitsbehörden, sondern auch auf die konsequente Strafverfolgung von Hasskriminalität sowohl im digitalen als auch im analogen Raum.

Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, in dem man unterschiedlicher Meinung sein kann, ohne den anderen als Feind zu sehen. Wir wollen eine Heimat, die von Respekt, Zusammenhalt und einem warmherzigen Miteinander geprägt ist.

Meine Damen und Herren,

oft ist es so, dass wir erst, wenn wir eine Sache verlieren, ihren Wert erkennen. Das gilt auch für Demokratien. Wir müssen uns immer wieder deutlich machen:

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist ein Geschenk. Und wir können dieses Geschenk mit all seinen Freiheiten nicht hoch genug schätzen und verteidigen.

Uns allen zusammen, der Regierung und jeder einzelnen Fraktion, ist von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz viel Verantwortung für dieses Bundesland anvertraut worden. Damit wir hier im Plenum einen Diskurs führen und entscheiden. Über das, was zählt, was die Gesellschaft zusammenhält, wie wir rheinland-pfälzische Lebensthemen ausgestalten. Und so Orientierung geben.

Bürgerinnen und Bürger finden nur dann in der Demokratie Heimat, wenn an ihrer Lebenswirklichkeit nicht vorbeigeredet, sondern ihr Alltag von der Politik wahrgenommen wird.

Dann wächst aus Verunsicherung Zuversicht. Dann bleibt Demokratie in den Köpfen verankert. Und in den Herzen lebendig und stark.

Meine Damen und Herren,

dieses Regierungsprogramm ist ein Versprechen für Stabilität, Verlässlichkeit und Menschlichkeit in einer Zeit des Umbruchs.

Wir gehen die Aufgaben mit Besonnenheit und großem Verständnis für die Lebenswirklichkeit der Menschen an. Gemeinsam werden wir unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Gordon Schnieder diese Leitlinien nun mit Leben füllen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag rechtfertigen, im Dienst für Rheinland-Pfalz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!